Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.15 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis 4 Mk. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3-spaltige Korpuszeile 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 154. — **Dienstag den 5. Juli 1921.** — **80. Jahrgang.**

Kriegsleistungen von Gemeinden.

(Gesetz über Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 — (RGBl. S. 129.)

Auf Grund des § 22 des Gesetzes über die Kriegsleistungen sind die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu Kriegsleistungen in Anspruch Genommenen aufgefordert worden, ihre Ansprüche auf Vergütung alsbald anzumelden. Die für diese Anmeldung gesetzte Frist läuft am

26. August 1921

ab. Mit diesem Tage erlöschen die nicht angemeldeten Ansprüche. 4668

Meißen, am 2. Juli 1921. Nr. 1181 II. **Die Amtshauptmannschaft.**

Gesuche um Unterstützungen von Volksbüchereien

sind bis spätestens Ende Juli d. J. unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks hier einzureichen. In der letzten Spalte ist das Gesuch eingehend zu begründen.

Vordrucke sind u. a. in der Sächsischen Schulbuchhandlung von Buchheim, Meißen, Gerbergasse, zuhaben.

Mit Rücksicht auf die geringen zur Verfügung stehenden Mittel können **nur die bedürftigsten** Büchereien berücksichtigt werden. Gesuche anderer Büchereien sind zwecklos.

Meißen, am 1. Juli 1921. Nr. 1019 III **Die Amtshauptmannschaft.**

Wegen **Reinigung** bleiben die Geschäftsräume der unterzeichneten Behörde

Freitag und Sonnabend, den 8. und 9. Juli 1921

geschlossen. An diesen Tagen werden nur dringliche Sachen erledigt.

V Reg. 83a/21 — **Amtsgericht Wilsdruff,** den 4. Juli 1921.

Lichtgeld für Mai—Juni 1921 ist bis zum **10. d. M.** an die Stadtkasse zu bezahlen. Nach Ablauf einer Frist von 8 Tagen erfolgt zwangsweise Beitreibung.

Wilsdruff, am 4. Juli 1921. 4677 **Der Stadtrat.**

Mittwoch den 6. Juli 9—1 Uhr Verkauf von verbilligtem Weizengrieß an Minderbemittelte, Kleinrentner usw. Zimmer Nr. 2.

Wilsdruff, am 2. Juli 1921. 4666 **Der Stadtrat.**

Die Reserve-Abteilung der Pflichtfeuerwehr zu Wilsdruff

hält **Dienstag den 5. Juli d. J. abends ½8 Uhr** eine

Uebung

ab. Stellen am Spritzenhaus. **Alle männlichen Personen im Alter von 20—25 Jahren und alle diejenigen, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, aber im Besitze einer roten Binde oder einer weißen mit dem Aufdruck „R" sind,** haben sich zu dieser Uebung einzufinden. Nichterscheinen oder unentschuldigtes Fernbleiben wird nach der Feuerlöschordnung bestraft. Die Entschuldigungen sind schriftlich vor Beginn der Uebung beim Branddirektor abzugeben. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit. Binden sind anzulegen.

Wilsdruff, am 2. Juli 1921. **Das Kommando der Pflichtfeuerwehr.**

Vom 6. bis 13. Juli wird der **Verbindungsweg der Staatsstraße mit dem Birkenhainer Weg wegen Massenschuttes gesperrt.** Der Verkehr wird auf den Limbacher Dorfweg verwiesen.

Limbach, am 2. Juli 1921. 4675 **Der Gutsvorstand.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Es ist Aussicht, daß die Rhein-Zollgrenze aufgehoben und die Sanktionen rückgängig gemacht werden.
* General Le Rond verkündet eine Amnestie für die aufständischen Polen in Oberschlesien.
* Prinz Friedrich Leopold von Preußen hat die Schweiz verlassen und sich zu dauerndem Aufenthalt nach Österreich begeben.
* In Italien hat Bonomi den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten.
* Die Alliierten wollen im griechisch-türkischen Konflikt neutral bleiben.
* Die Griechen haben bei Uschak (östlich Smyrna) eine Niederlage erlitten.
* Die vom amerikanischen Repräsentantenhaus und Senat angenommene Friedensresolution ist dem Präsidenten Harding zur Unterschrift zugestellt worden.

Hehler und Stehler.

Das alte Sprichwort, daß eine Krähe der anderen kein Auge aushackt, umschreibt mit anschaulichen Worten die bedauerliche, aber sehr bekannte Tatsache, daß die Grundsätze der Gerechtigkeit nur allzuleicht in ihr Gegenteil verwandelt werden, wenn derjenige, der zum Richter über einen Missetäter bestimmt wird, mit dem Sünder gemeinsame Interessen hat. Der Richter wird zum Hehler, wenn er dem Diebe gegenüber nicht die volle Strenge des Gesetzes walten läßt, sondern den vor aller Welt längst entlarvten Verbrecher laufen läßt. Nun hängt man bekanntlich die kleinen Diebe besonders gern und läßt die großen laufen. Ein überaus trauriges Beispiel dafür ist Oberschlesien, wo in der schlimmsten Weise Richter und Verbrecher zu Bundesgenossen, zu Hehlern und Stehlern geworden sind. Das hat sich jetzt durch eine neue Kundgebung der Interalliierten Kommission in Oppeln wieder einmal in einer Form gezeigt, die in Oberschlesien selbst wie in ganz Deutschland die größte Entrüstung hervorrufen muß.

Noch vor kurzem hat Lloyd George im englischen Unterhause versichert, daß die Entente alles aufbieten werde, bis die Urheber des verbrecherischen Aufstandes in Oberschlesien zur Verantwortung gezogen sein würden. Diese Absicht bildet offenbar einen Teil des Programms vom „fair play", auf das man auch in Deutschland so viel Hoffnungen setzte. Die Italiener haben sich auch in diesem Punkte mit den Engländern in Übereinstimmung befunden, nicht aber die Franzosen, und der neue Erlaß ist ein deutlicher Beweis dafür, daß der französische Einfluß bei allen Maßnahmen der Entente über Oberschlesien noch der allein ausschlaggebende ist.

Nachdem die Interalliierte Kommission bereits bei den Bestimmungen über die Räumung Oberschlesiens von den Insurgentenbanden einerseits und dem deutschen Selbstschutz andererseits, den polnischen Wünschen so weites Entgegenkommen gezeigt hat, daß man von deutscher Seite aus nur zögernd und mit sehr berechtigtem Mißtrauen daran gehen konnte, die mühsam verteidigten Landstriche der bedrohten Provinz wieder aufzugeben, da man mit Recht befürchtete, daß hinter diesem ganzen Räumungsabkommen nur ein Schachzug der französisch-polnischen Bundesbrüder zu vermuten war, der auf bequeme Weise die unbequemen deutschen Verteidiger vom Heimatboden entfernen sollte, hat jetzt die Interalliierte Kommission in recht hochtönenden Worten bekanntgegeben, daß sie von dem Gehorsam, den ihre Anordnungen auf beiden Seiten gefunden haben, sehr befriedigt ist. Angeblich nur, um eine Milderung der bestehenden nationalen Gegensätze und eine Besänftigung des durch die Kämpfe hervorgerufenen Grolles herbeizuführen, hat die Kommission nun beschlossen, für alle ungesetzlichen Handlungen, die mit dem Aufstande in Zusammenhang stehen, eine Amnestie zu gewähren. Ausgeschlossen davon sollen nur diejenigen Personen sein, die in gewinnsüchtiger Absicht oder aus persönlicher Rachsucht und Grausamkeit sich strafbare Handlungen zuschulden kommen ließen, sowie diejenigen, die künftig unbefugt im Besitz von Waffen betroffen werden.

Es bedarf kaum einer näheren Erklärung dafür, daß dieser Amnestieerlaß in der oberschlesischen Bevölkerung, deren weit überwiegender Teil deutsch gesinnt ist, große Erbitterung hervorgerufen hat. Erstens erblickt man darin eine glatten Bruch des Ententeversprechens, daß die Urheber des blutigen Aufruhrs unbedingt zur Rechenschaft gezogen werden sollen, dann aber ist besonders in der Bestimmung über die künftige Strafbarkeit des Waffenbesitzes geradezu eine Verhöhnung der Deutschen zu erblicken, denn man weiß auf Grund der bisherigen Erfahrungen ganz genau, daß die Durchsuchung nach Waffen bei den deutschen Bewohnern zwar sehr streng, bei den polnischen dafür wahrscheinlich überhaupt nicht durchgeführt werden wird. Ein solcher Erlaß gewinnt seinen Wert ja erst durch die Art, in der er ausgeführt wird, und niemand gibt sich einer Täuschung darüber hin, daß auch diesmal, wie immer bisher, die Polen und die Deutschen dabei mit zweierlei Maß gemessen werden. Wenn der Erlaß weiter sagt, daß Taten, die aus persönlicher Grausamkeit oder Raubgier begangen worden sind, so ist auch das geradezu eine Ironie auf die tatsächlich bestehenden Verhältnisse, denn jedermann weiß, daß die Polen auf ihrem Rückzuge das geraubte Gut in ganzen Wagenladungen mit sich über die nach wie vor offene Grenze fortschleppen. General Le Rond müßte also, wenn er seine neue Kundgebung wirklich ernst gemeint hat, endlich einmal die polnische Grenze sperren und die Insurgentenbanden, die sich in letzter Zeit ja überhaupt nur noch aus Räubern und Dieben zusammensetzen, samt und sonders verhaften. Die Frage, ob das geschehen wird, bedarf keiner Antwort.

In den Worten vom „unbefugten" Waffenbesitz liegt eine neue Falle verborgen, denn unmittelbar vor diesem Erlaß sind die sogenannten Ortswehren gegründet worden, in die aller Wahrscheinlichkeit fast nur Angehörige der bisherigen Insurgentenarmee hineinkommen werden, die dann dort auch weiterhin, nur unter anderem Namen, die bewaffnete Macht in Oberschlesien bilden. Wenn man schließlich berücksichtigt, daß es Korfanty gewesen ist, der als eine seiner wichtigsten Bedingungen vor der Zustimmung zum Räumungsabkommen eine Amnestie verlangt hatte, während von deutscher Seite mit vollem Recht gegen einen solchen Plan von vornherein Widerspruch erhoben wurde, so erkennt man ohne weiteres, daß der ganze Amnestieerlaß nur ein neues Entgegenkommen des französischen Generals gegen den polnischen Bandenführer und eine neue Hintansetzung der deutschen Forderungen bedeutet.

Alle die ungezählten Schandtaten der Insurgenten, die so viel Opfer an deutschem Gut und Blut gefordert haben, sollen also ohne Sühne bleiben, während für die Deutschen, denen derartige Verbrechen nirgends zur Last gelegt werden können, die Amnestie natürlich völlig bedeutungslos ist, denn wer nichts begangen hat, der braucht keine Begnadigung. Die anscheinende Unparteilichkeit, mit der Le Rond die Sonne seiner Gnade über beiden Parteien scheinen läßt, ist nur ein schlechtes Mäntelchen dafür, daß er sich selbst zum Bundesgenossen der Polen, zum Hehler der Seite der polnischen Stehler gemacht hat. Der Umstand aber, daß der Erlaß auch die Unterschrift der italienischen und englischen Vertreters trägt, setzt die Aussichten für eine endgültige gerechte Lösung der oberschlesischen Frage für uns wieder einmal in sehr bedauerlichem Maße herab.

Die „Sanktionen".

Pariser Stimmen gegen die Aufrechterhaltung.

Die Worte Rosens im Reichstage und vielleicht noch mehr das Vorgehen Amerikas haben doch einige Kreise in Paris zur Besinnung gebracht.

Das Pariser „Journal" bespricht die Erklärung des Reichsministers Dr. Rosen, wonach einige der verbündeten Länder nicht bereit seien, den französischen Standpunkt in der Sanktionsfrage einzunehmen, und teilt dazu mit, diese Behauptung könne „unglücklicherweise" nicht abgeleugnet werden.

Italien habe sich in London schwer dazu verstanden, auch nur den Grundsatz der Sanktionen anzunehmen und auch Belgien sei diesmal nicht mehr auf Frankreichs Seite. Die Zollgrenze am Rhein biete einen großen Nachteil, denn die Waren, die früher über Antwerpen gingen, würden jetzt über Hamburg geleitet. Daraus sei ersichtlich, in welcher Lage sich Frankreich in der Sanktionsfrage unter den Alliierten befinden werde.

An anderer Stelle sagt dasselbe Blatt: Erst vorgestern hat General Nollet in Paris erklärt, die Abrüstung sei in Deutschland durchgeführt. Jedenfalls sei er seit dem 5. Mai bei den Reichsbehörden dem Wunsche begegnet, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ein endgültiger Bericht darüber wird raschestens in Paris eintreffen. Was die Reparationszahlungen anbetrifft, so wisse man, daß Deutschland auch hierin seinen Verpflichtungen nachkomme. Daher wird, sagt das Blatt, heute niemand mehr für die Aufrechterhaltung der Sanktionen eintreten. Von englischer Seite wird schon lange gegen den Fortbestand der Sanktionen opponiert.

Auch „Petit Parisien", das Organ Briands, erklärt, die deutsche Regierung scheine ihr Bestes zu tun, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Augenblick sei gekommen, in dem man die Aufhebung der Sanktionen ins Auge fassen müsse. Bezüglich der geforderten Zahlungen habe Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Die Leipziger Urteilssprüche abzuwarten sei weder billig noch klug. Ferner dürfe man das Reich wirtschaftlich nicht vom Rheinlande trennen, wenn man von Deutschland die höchsten Anstrengungen für die Reparationszahlungen fordere. Doch müsse Deutschland, um am 31. August zahlen zu können, die Banken auf dem linken Rheinufer ebenso kontrollieren lassen wie auf dem rechten. Die gegenwärtigen Zollgrenzen gestatteten es jedoch den deutschen Banken, sich dieser Kontrolle zu entziehen. Frankreichs Interessen wie seine Ehrenhaftigkeit gebieten, dieses für die Folge nicht mehr zu rechtfertigende Hindernis aufzuheben.

Orientkrieg.

Neutralität der Entente!

Muheddin Pascha, Oberbefehlshaber der kemalistischen Truppen ist in Ismid eingezogen. Oberst Kiazim Bei wurde zum Stadtkommandanten ernannt. Muheddin

SLUB Wir führen Wissen. — Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Pascha erließ sofort eine Proklamation, in der er die Sicherheit der Bevölkerung ohne Unterschied der Religion gewährleistet, und befahl die Landung der Flüchtlinge, die sich noch an Bord der im Hafen liegenden Schiffe befanden. Die Kemalisten beabsichtigen, die Küste des Golfs von Ismid gegen jeden Angriff von der Seeseite zu befestigen.

Der englische General Francks begab sich nach Ismid, wo er von den Kemalisten höflich, aber kalt, empfangen wurde. Francks gab die Versicherung ab, daß die alliierten

Der Kampf in dem südlichen Gebiet von Uschak hat einen sehr ernsten Charakter angenommen. Die Griechen haben eine Offensive in der Richtung auf Kataya eröffnet, sie wurden jedoch nach erbittertem Widerstand von den Türken in einer Gegenoffensive zurückgeworfen.

Deutscher Reichstag.

(129. Sitzung.) CB. Berlin, 2. Juli.

Die an der ersten Stelle der Tagesordnung stehende Interpellation der Unabhängigen und Kommunisten wegen der Aufhebung des Schwerkriegsbeschädigten-Lazaretts Charlottenburg wurde nach der Erklärung eines Regierungsvertreters, daß die Antwort inerhalb der gesetzmäßigen Frist eeben werden würde, abgesetzt.

Hieauf wurde der Einwurf über die Anmeldung der gemäß dem Friedensvertrage mit Beschlag belegten Luftfahrgeräte in allen drei Lesungen angenommen. Das Altrentnergesetz wurde nach der zweiten Lesung einem Ausschuß überwiesen. Das Gesetz über die Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher ging an den Rechtsausschuß. Das Patentgebührengesetz, das alsdann an die Reihe kam, wurde in allen drei Lesungen genehmigt. Beim Gesetzentwurf über die Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Auslande beantragte der Ausschuß unveränderte Annahme der Vorlage. Das Haus stimmte diesem Antrage ohne weitere Erörterung zu. Alsdann wurde das Lohnsteuergesetz nach der zweiten Lesung ohne weitere Aussprache genehmigt. Bei der dritten Lesung bezeichnete Abg. Geyer (Komm.) die Lohnsteuer als das Rückgrat des Reichshaushalts. Zu einer weiteren Aussprache kam es nicht, und das Gesetz wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Das Grubenunglück auf Mont Cenis.

Nun kam man zu der Interpellation des Zentrums über das Grubenunglück von Mont Cenis und der Interpellation der Unabhängigen über denselben Gegenstand.

Abg. Imbusch (Zentr.) begründete die Interpellation seiner Fraktion, wobei er den Hinterbliebenen und den Verletzten sein Beileid ausdrückte und auf ähnliche Unfälle der jüngsten Zeit zu sprechen kam. Hierbei gab der Redner eine genaue Schilderung der Unglücksstätte und der Einzelheiten des Unglücks. Insgesamt sind 80 Personen getötet und 70 schwer verletzt worden. Weiter verbreitete sich der Redner über verschiedene technische Einzelheiten bei derartigen Unglücksfällen. „In diesem Falle", sagte er, „handelte es sich um

eine gewaltige Kohlenstaubexplosion;

das hat die Untersuchungskommission festgestellt. Die Grube hat ihre Tücken. Schon einmal sind Schlagwetter festgestellt worden. Das Wetterbuch eines Kontrollbeamten gibt insofern zu Bedenken Anlaß, als er seinen Kontrollweg jedenfalls zu rasch zurückgelegt hat, so daß er eine gründliche Prüfung seiner Strecke nicht hat vornehmen können." Sodann verlas der Redner das Gutachten des Ausschusses. Nach Beendigung der Ausräumungsarbeiten wird der Ausschuß seine Arbeit fortsetzen.

Massenunfälle dieser Art gehören zu den Seltenheiten, aber die kleineren täglichen Unfälle gehen in die Hunderttausende, bis zwölfhunderttausend jährlich. Der Krieg hat leider eine weniger strenge Durchführung der gesetzlichen Vorschriften mit sich gebracht. Dazu kam die plötzliche Einstellung nicht entsprechend vorgebildeter Arbeiter. Am schlimmsten aber wirkte der Zwang der Entente, die Produktion zu steigern. Da kann nur entschiedene Umkehr von der augenblicklichen Nachlässigkeit helfen. Die Arbeiter müssen praktisch und theoretisch aufgeklärt werden, sie müssen sich der Gefahren ihres Berufes bewußt sein. Im Anschluß daran verbreitete sich der Redner über allerlei technische Einzelheiten, die bei den Grubenarbeiten zu beachten sind. Am Ende seiner Ausführungen erklärte er, der Betriebsrat und die Betriebsausschüsse müßten zur Kontrolle mehr als bisher herangezogen werden. Sie müßten sich der größeren Selbstverantwortlichkeit bewußt sein. Das gelte auch für die Ausbildung der jugendlichen Arbeiter, die heute so vernachlässigt wird, daß der Nachwuchs sehr selten in dem Berufe bleibt. Man schaffe ihnen eine würdige Stellung im praktischen Leben, bezahle sie entsprechend, sorge für die Hinterbliebenen, nur dadurch gebe man ihnen einen Ausgleich für die schweren Gefahren, die sie täglich zu bestehen haben.

Abg. Pieper-Dortmund (U.-Soz.) nahm die Sicherheitsmänner gegen Vorwürfe in Schutz. Den Besitzern, behauptete er, wären diese Sicherheitsmänner im Wege, da sie ihrem Profitbunger hinderlich wären. Die Zahl der Grubenunfälle betrage im Ruhrrevier allein bei 1000 Arbeitern 117 Unfälle, die Gesamtzahl der Unfälle im Ruhrgebiete 366 000. Der Redner gab darauf eine ausführliche statistische Übersicht über die beständige Zunahme der Grubenunfälle in Deutschland und über die Schlagwetterexplosionen. Die Zahl dieser Explosionen übersteige 1000; solche Zahlen ließen erst die Schwere des bergmännischen Berufes erkennen. Das Grundübel sei die soziale Lage des Bergmannes. Akkordarbeit sei Mordarbeit. Der Betriebsrat solle sich weniger um die Hebung der Produktion kümmern als um das Gedeihen der Arbeiterschaft. Eine Schuld des Betriebsrates an den Mißständen sei aber nicht festgestellt.

Die Antwort der Regierung.

Reichsarbeitsminister Brauns, der hierauf das Wort nahm, erklärte: „Wir trauern über die Toten, sprechen den Hinterbliebenen unser Beileid aus und danken allen, die sich um die unglücklichen Opfer bemüht haben. Die Rettungsarbeiten im Schacht waren echte Bergmannstreue und wahre Kameradschaft und werden dazu beitragen, den ersten Schmerz zu lindern. Die Untersuchung ist Sache der preußischen Verwaltung, deren Vertreter noch sprechen wird. Das Reichsarbeitsministerium muß aber wegen der Unfallverhütung sich mit der Angelegenheit befassen. Die Notwendigkeit, angesichts des Mangels an Arbeitskräften nach Abzug der Kriegsgefangenen alle möglichen Leute einzustellen, hat zu schweren Übelständen geführt. Indessen ist nach Ausmerzung der unbrauchbaren Elemente jetzt entschieden der Weg zur Besserung beschritten worden, und besonders auf Mont Cenis sind die Verhältnisse nicht schlecht gewesen. Immerhin steht die Arbeit noch nicht wieder auf der alten Höhe, und es tritt noch immer ein gewisser Leichtsinn bei der Abschätzung der Gefahren zutage. Die Frage einer entsprechenden Verteilung gut ausgebildeter Häuer ist jedoch nicht Sache des Reiches, sondern Angelegenheit der einzelnen Gruben. Jedenfalls muß auf die Ausbildung der Arbeiter mehr Wert gelegt und namentlich den Fortbildungsschülern Gelegenheit zur praktischen Betätigung in der Grube gegeben werden. Die Hauptsache ist, ob die Betriebsräte ihrer Pflicht nachgekommen sind, und ob die Bestimmungen über diese Räte ausreichen. Die Regierung steht auf dem Standpunkte, die Rechte des Betriebsrates im Sinne einer Verhütung von Unfällen zu erweitern und ihnen den Eigentümern gegenüber erhöhte Vollmacht zu geben. Das wird ohne eine Erweiterung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes möglich sein.

Hierauf gab Abg. **Hatzfeld** als Vertreter der Preußischen Regierung das Ergebnis der Untersuchung bekannt und schilderte die Umgebung, in der sich die Katastrophe abgespielt hat. Die Wetterführung funktionierte gut, erklärte er, auch die Berieselung war bis auf eine Stelle in Ordnung. Gerade diese Stelle ist aber nicht betroffen worden. Auch sonst sind bei der Bauanlage alle geltenden Vorschriften genau beachtet worden. Es wurden nur elektrische Lampen verwendet, mit Ausnahme der beiden Sicherheitslampen, die die beiden Schießmeister hatten. Ob ein Schuß die Ursache der Explosion gewesen ist, mag dahingestellt bleiben. Es bleibt zweifelhaft, ob sich jemals in dieser Hinsicht Feststellungen machen lassen werden. Von der Entzündung durch eine Lampe kann kaum die Rede sein. Zur Abgabe von Schüssen waren nur die Schießmeister berechtigt. Diese haben keinen Schuß abgegeben. Genaues hat sich nicht feststellen lassen, höchstens liegen Anzeichen dafür vor, daß ein Schuß gefallen ist. Man soll auch nicht glauben, daß der Kohlenstaub infolge der Berieselung gänzlich ungefährlich wird. Wenn infolge eines Schusses neuer Staub hinzukommt, sind immer Explosionen möglich. Von allen Explosionen waren 90 Prozent durch Lampen hervorgerufen, davon 75 Prozent durch Sicherheitslampen. Das führte zur Einführung der elektrischen Lampen. Was sonst die Frage der technisch besseren Ausgestaltung der Gruben anbetrifft, so hat die Regierung diese Punkte schon lange ins Auge gefaßt. Auch die Ansichten über die künftige bessere Ausbildung der Arbeiter begegnen unserer Zustimmung. In der Frage der Betriebsräte sind wir der Ansicht, daß alles getan werden muß, um ihnen die Erfüllung ihrer Pflichten zu ermöglichen. Der Bildung einer Grubensicherungskommission stimmen wir gern zu.

Besprechung der Interpellation.

Das Haus trat sodann in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Koch-Düsseldorf (Deutschn.) schilderte die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses und stellte fest, daß er eben nichts habe feststellen können. Die Einrichtung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses habe sich nicht als zweckmäßig erwiesen.

Abg. Winnefeld (D. Volksp.) erklärte: Der Bergmann kennt in der Stunde der Gefahr keine Partei und keine Politik. Der Reichstag kann sich zu dieser Stellungnahme leider nicht erheben, das hat der Unabhängige Pieper bewiesen.

Der nächste Redner, Abg. Jantschek (Soz.) bedauerte, daß die Kreise, die so gar kein Verständnis für den Bergarbeiterberuf haben, nicht bei dieser Katastrophe zugegen sein konnten, um zu sehen, wohin verbrecherische Neigungen führen. Damit wolle er nicht sagen, daß hier ein Verbrechen begangen worden wäre, aber die Kette der Katastrophen der letzten Jahre sei ein fortlaufender Beweis für das Versagen der Aufsichtsbehörden. Im Anschluß daran richtete der Redner eine Reihe von Angriffe gegen die Regierung. Diese Angriffe wurden von dem preußischen Handelsminister Fischbeck nachdrücklichst zurückgewiesen.

Hierauf sprach der Abg. Ziegler (Dem.), der ebenfalls gegen die sozialdemokratischen Angriffe Stellung nahm.

Abg. Brast (Komm.) richtete ebenso wie der Abg. Jantschek scharfe Angriffe gegen die Aufsichtsbehörde.

Die Verhandlungen zogen sich noch eine Weile hin, dann wurde die Besprechung der Interpellation beendet und die Sitzung geschlossen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Versailler Vertrag.

Wie aus Washington gekabelt wird, befaßt sich Staatssekretär Hughes mit einer Abänderung des „Friedensvertrags" von Versailles. Die „unversöhnliche Gruppe" des Senats ist dadurch sehr beunruhigt und droht mit neuen bitteren Kämpfen. Die „Unversöhnlichen" sind der linke Flügel der Republikaner unter Führung von Borah, Hiram Johnson, France usw. Sie haben geschworen, daß nichts von Wilsons Völkerbund und Versailler Vertrag übrigbleiben dürfe.

Die neuen Steuern.

Die bisherigen Beratungen des Reichskabinetts über die neuen Steuervorlagen waren zunächst nur vorbereitender Art und bezweckten eine Klärung der Lage und eine Feststellung der Stellungnahme zu einzelnen Unterfragen. Die eigentliche Entscheidung über die Steuerprobleme wird voraussichtlich während der Reichstagsferien in den für diesen Zweck von der Regierung vorgeschlagenen besonderen Kommissionen des Reichstags fallen.

Zufriedene Polen.

Die polnische Kommission, die unter der Führung des Landrats Naumann aus Posen in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk entsendet worden war, hielt in Bochum eine Besprechung mit Vertretern der deutschen Gewerkschaften, der Presse usw. ab. Naumann teilte mit, die Studienreise habe überall großes Entgegenkommen gefunden. Von Ausschreitungen oder Massenentlassungen von Polen sei nirgends die Rede.

Erzberger.

Der bekannte Zentrumsabgeordnete hat nun entschlossen, einstweilen dem politischen Leben noch fern zu bleiben, „bis vielleicht durch irgendwelche besonderen politischen Konstellationen eine neue Lage geschaffen sei".

Verkehrsaufnahme in Oberschlesien.

Nach monatelanger Unterbrechung ist in Oberschlesien endlich wieder ein Anfang mit der Neubelebung des Verkehrswesens gemacht worden, wenn auch noch in ganz beschränktem Maße. Zunächst fuhren vier Züge von Gleiwitz nach Oppeln und die entsprechenden Gegenzüge von

---

Mag auch die Liebe weinen...

38] Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

Die kindlichen Worte rührten Erich tief.

„Selbstverständlich fährt Lori."

„Nein! Ich erlaube es nicht!"

„Warum nicht?"

Frau Maria zögerte einen Augenblick, ehe sie erwiderte:

„Denke an Loris Gesundheitszustand! Wie schwach und nervös sie noch ist! Unmöglich kann sie die anstrengende Pflege eines schwerkranken Kindes übernehmen. Siehst Du das nicht ein?"

„Eigentlich ja! Sie ist sehr schonungsbedürftig! — Aber —"

„Siehst Du," unterbrach sie ihn hastig, „Du kannst doch nicht wollen, daß sie uns um fremder Leute Kinder krank wird? — Also schreibe gleich, daß Lori noch so leidend ist, daß es ihr unmöglich ist, jetzt schon zu kommen! — Schreibe gleich, Erich," wiederholte sie heftig.

Er sah seine Mutter lange und durchdringend an.

„Wir wollen die Entscheidung derjenigen überlassen, die es angeht — Lori. Und ich weiß, daß sie auf diesen Brief hin sofort abreisen wird — mit meiner vollen Zustimmung."

„Nein!" rief Frau Berger außer sich.

„Mutter, ich kenne Deine wahren Beweggründe! Und weil ich die kenne, nehme ich nicht Rücksicht auf Loris Gesundheit —"

„Erich, gilt Dir das Leben Deiner Schwester nichts?"

„Daran denkst Du weniger, Mutter, als Du davon sprichst! Deine innersten Gedanken liegen so klar vor mir, wie die Zeilen auf diesem Papier! Und deshalb sage ich Dir: Niemals würde ich den Vorteil annehmen, den Du im stillen für mich erhofft. Ich werde stets der einfache Förster Erich Berger bleiben — und wenn Du auf den Knien vor mir liegen würdest — Du und der, den Du unsern Vater nennst."

Eine eiserne Entschlossenheit lag auf seinem Gesicht; fast erbarmungslos und grausam war der Ausdruck darauf.

Sie brach in ein leidenschaftliches Schluchzen aus und rang die Hände.

„Erich — nur um Dich, um Dein Glück."

„Das ich mir aber niemals durch Schuld, und bestünde diese Schuld auch nur aus einer Unterlassungssünde, erkaufen würde! Verstehe mich doch, Mutter! Sonst, wenn es anders käme — würde ich nicht so denken." Er streichelte ihr weißes Haar, die blassen Wangen, und seine Stimme hatte diesmal einen weicheren Klang.

„Mutter, Du richtest jetzt wohl alles her für Loris sofortige Abreise. Ich fahre gleich mit meinem Rade nach der Oberförsterei, gebe Lori den Brief und telegraphiere am Postamt. Also leb' so lange wohl, Mutter!"

— — — — — — — — — —

Lori saß schon im Zug, ehe sie recht zur Besinnung gekommen.

Nachdem der Oberförster selbst den Brief Graf Allwördens gelesen, hatte er sie mit seinem Fuhrwerk direkt zur Bahn fahren lassen, wo sie noch den Schnellzug erreichte.

Im Abendgrauen hatte sie ihr Ziel erreicht.

Der Legationsrat war selbst mit dem Auto am Bahnhof. Er sah sehr ernst aus. Während der Diener das Köfferchen Loras besorgte, nahm sie Platz im Wagen.

„Wie geht es Ossi?" fragte sie hastig, kaum, daß sie ihn begrüßt. Sie ließ ihm nicht Zeit, für ihr Kommen zu danken.

„Man weiß nicht, was mit ihm ist. Am Tage nach Theklas Begräbnis bekam er plötzlich hohes Fieber. Wenn er nur nicht gar so schwach und zart wäre! Das Herz ist nicht gesund. Es ist, als ob das Schreckliche jetzt erst ihm richtig zum Bewußtsein käme. Er spricht immer vom Kahnfahren, von den Wasserrosen, und dann schreit er auf und fürchtet, zu ertrinken. Gut, daß Sie gekommen sind, da er so nach Ihnen verlangt — —"

„Hatten Sie an meinem Kommen gezweifelt, Herr Graf?" fragte sie mit leisem Vorwurf.

„Nein, Lore! Deshalb habe ich den Brief an Sie veranlaßt! — Doch, wie geht es Ihnen? Sie sehen blaß und krank aus. Es wäre rücksichtslos, Ihnen die Pflege des Kindes zuzumuten; vielleicht wird aber Ihre bloße Gegenwart schon beruhigend für Ossi sein! — Und noch jemand wird sich freuen, dem Sie sehr gefehlt haben —."

„Sissi."

Er nickte.

„Ja." Und er sah sie an mit einem dunklen, rätselhaften Blick, daß ihr Herz heftig pochte und das Blut in ihre bleichen Wangen stieg.

Graf Ottokar und Cäcilie standen vor dem Wagen. Der Graf hob Lori heraus. Heftig preßte er ihre Hände, sprechen konnte er nicht. Ein tiefes Mitleid erfaßte Lori für den gebrochenen Mann. Cäcilie umhalste stürmisch ihre geliebte Lora, die ihre tränenüberströmten Wangen auf des Kindes Haar preßte.

Die Gräfin blieb unsichtbar. Lori fand sie auch nicht am Bett des kranken Kindes.

Ossi schlief noch nicht — trotz der vorgerückten Abendstunde. Matt und teilnahmslos lag er in den Kissen. Doch als Lori leise zu ihm trat, flog ein Freudenschimmer über sein abgezehrtes Gesicht. Er richtete sich auf und streckte ihr die Händchen entgegen.

„Gut, daß Du da bist, Fräulein Lora! Nun bleibst Du auch, ja?" flüsterte er. „Du hast mich doch aus dem kalten Wasser gezogen." Er schauerte vor Entsetzen und Furcht zusammen.

Sie legte die schmale Hand auf seine Stirn.

„Ossi, ich bleibe immer bei Dir, wenn Du mir versprichst, daß Du nie mehr daran denken willst. Du sollst gesund werden, damit wir recht bald wieder spazieren gehen können."

Es war, als wirke Loras Gegenwart Wunder. Ossis Zustand verbesserte sich.

Aber Lore hatte es schwer bei dem verwöhnten, eigensinnigen Knaben. Es gab Nächte, an denen sie nicht aus den Kleidern kam — sie mußte da bei ihm sitzen und seine Hand in der ihren halten, wenn die Angstanfälle kamen. Kaum zum Essen fand sie Zeit. Cäcilie saß immer bei ihr und dem kranken Bruder. Die drei boten oft ein rührendes Bild. Ossi hatte seine Mutter beinahe vergessen; nach ihr verlangte er kaum noch. Zähneknirschend stand Gräfin Allwörden manchmal im Krankenzimmer; wie ausgestoßen kam sie sich vor, und glühend begann sie das junge Mädchen zu hassen. Noch nicht einmal hatte sie an Lori das Wort gerichtet; hochmütig sah sie über sie hinweg. Doch Lore kümmerte sich nicht weiter darum; sie wußte, was sie den Kindern und deren Vater war, das genügte ihr, und ihre kurzen Mitteilungen an Mutter und Bruder spiegelten ihre innere Befriedigung wider.

*

Das törichte Mädchen! dachte Frau Berger. Ach, wenn Lore ahnte, daß es ihr Vater, ihr Bruder, ihre Schwester waren, denen ihre Gegenwart eine so große Beruhigung gab! Maria war in einem Zwiespalt der Gefühle wie kaum je zuvor.

Erich war es leicht ums Herz. Kaum je hatte ihn Jutta so strahlend und froh gesehen, nie war sie verliebter in ihn gewesen — und nie unglücklicher, wenn sie daran dachte, daß es ja doch nicht zu einer Verbindung mit ihm kommen würde.

Schlaflos hatte sie manche Nacht gelegen. Sorgen waren ihr gekommen, von denen sie früher nie etwas geahnt. Niemals würden die Eltern diese Heirat zugeben, so sehr der Vater auch den geliebten Mann schätzte. Und die Mutter, die aus altem, edlem Geschlecht war — Vermessenheit, Wahnwitz war es, nur an diese Möglichkeit zu denken; die Mutter hatte ganz andere, ihr so wohlbekannte Pläne — —

Und wenn sie sich doch den geliebten Mann ertrotzte? Was dann —?

Ach, sie war so verwöhnt in allem; man hatte ihr alles Unangenehme stets ferngehalten. Den Begriff „arbeiten" kannte sie nur vom Hörensagen. Und wie müßte sie sich als schlichte Frau Revierförster einrichten, müßte zu den gröbsten Verrichtungen selbst mit Hand anlegen bei dem kümmerlichen Gehalt, von dem er noch seine Mutter unterhielt! Denn ihre Eltern würden sie nicht unterstützen. Und Toilettenluxus gab es für sie nicht mehr, für sie, die sich so gern schmückte, die schöne, zarte Wäsche, schmiegsame, seidene Strümpfe, elegante Stiefel über alles liebte, so daß ihr Vater manchmal über solche Verschwendung brummte. Mit dem allen war es dann vorbei ...

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Oppeln nach Gleiwitz zurück. Am 2. Juli früh fuhr der erste D-Zug von Gleiwitz über Groß-Strehlitz—Oppeln nach Breslau. Die Strecke von Laband bis Kandrezin ist noch nicht befahrbar, da sich in den Wäldern noch polnische Banden herumtreiben. Die alte deutsche Bauerngründung Schönwald bei Gleiwitz, die sich bis in unsere Tage hinein rein deutsch erhalten hat, ist noch entgegen dem Räumungsabkommen von polnischen Insurgenten besetzt.

Deutsch-Österreich.

× **Der neue österreichische Gesandte für Berlin,** v. Riedel, gilt als ein unbedingter Anhänger der Anschlußbewegung. Er wünschte zunächst, eine möglichst praktische Annäherungspolitik insbesondere auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu treiben und durch Beseitigung überflüssiger Verkehrsschranken eine Besserung der wechselseitigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Österreich herzustellen.

Frankreich.

× **Ein französischer Kriegsverbrecher.** Im Zusammenhang mit dem Leipziger Prozeß gegen den General Stenger und den Major Crusius muß ein Artikel der „Humanité" verzeichnet werden, in dem der Schriftsteller Tourry den französischen General de Bouillon beschuldigt, am Vorabend der Angriffe des 25. September 1915 in Artois das gleiche Verbrechen verübt zu haben, dessen der deutsche General Stenger angeklagt ist. Der Schriftsteller erzählt, daß der General den Offizieren gesagt hat: „Wir werden zum Rhein kommen und dort guten Wein und hübsche Mädchen finden. Als Befehl für die Schlacht wird die Order ausgegeben: „Gefangene werden nicht gemacht" und der General setzte, um einen Witz zu machen, hinzu: „Mit einigen Ausnahmen, damit mein Dolmetscher sie verhören kann." Der Schriftsteller hat an dieser Befehlsausgabe selbst teilgenommen. Er sagt, daß es unmöglich ist, in den heutigen Verhältnissen bei den Leipziger Prozessen Gerechtigkeit zu üben, und die Behauptung, daß die Deutschen allein die Schuldigen seien, sei „eine abscheuliche Lüge".

Italien

× **Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.** De Nicola hat den Auftrag zur Kabinettsbildung abgelehnt. Wahrscheinlich wird nunmehr Bonomi den Auftrag erhalten.

Ungarn.

× **König Karls Exil.** Aus Budapest wird gemeldet: Die Nachricht, daß sowohl England wie auch Spanien es abgelehnt haben, dem Exkaiser Karl und seiner Familie das Asyl zu gewähren, hat hier größtes Aufsehen erregt. Nachrichten aus maßgebenden Kreisen besagen, daß bei dieser Entwicklung der Dinge ein Moment kommen könnte, in welchem die ungarische Regierung genötigt wäre, diplomatische Schritte einzuleiten, um der königlichen Familie einen Aufenthalt zu sichern.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der vom preußischen Ministerium des Innern auf Betreiben des Auswärtigen Amtes bei der Oberprüfstelle in Berlin gestellte Antrag, die Veröffentlichung des Films „Fremdenlegionär Kirsch" zu verbieten, ist von der Oberprüfstelle abgewiesen worden. Der französische Botschafter hatte gegen die Vorführung dieser und zweier anderer Filme Einspruch erhoben.

Belgrad. In der Verfassunggebenden Versammlung verlangte der Justizminister die Auslieferung der Kommunisten Filipowitsch, Kowatschewitsch und Tschopitsch. Dem Antrag wurde stattgegeben. Die drei Abgeordneten sollen an dem Attentat gegen Prinz Alexander beteiligt sein.

Washington. Nach der Annahme der Friedensresolution im Kongreß soll über einen Handelsvertrag mit Deutschland verhandelt werden.

Chikago. Wie „Chicago Tribune" meldet, sagte der englische Botschafter in Washington, Geddes, in einer dort gehaltenen Rede, nur Optimisten träumten davon, daß das Zeitalter des ewigen Friedens schon angebrochen sei.

Einsteins Reiseeindrücke.

Verständigung der Gelehrtenwelt.

Professor Einstein, der gefeierte Entdecker der Relativitätstheorie, der soeben von einer Reise nach Amerika und England zurückgekehrt ist, schilderte bei einem Empfang in Berlin, bei dem auch der Reichspräsident Ebert und zahlreiche Minister anwesend waren, seine Reiseeindrücke.

In Amerika habe ohne Zweifel bis vor kurzem eine ausgesprochen freundliche Stimmung gegenüber allem Deutschen geherrscht. Sogar der Gebrauch der deutschen Sprache war so gut wie unterdrückt. Gegenwärtig aber vollziehe sich ein deutlicher Umschwung. Professor Einstein schilderte, wie herzlich er von den gelehrten Körperschaften der Vereinigten Staaten aufgenommen wurde. Man sprach gerne Deutsch und gedachte überall mit echter Sympathie der deutschen Forscher und Institute, mit denen man vor dem Kriege so eng befreundet gewesen.

Einstein selbst hat in Washington über das bedauerliche Eingreifen von Gelehrten in den politischen Kampf gesprochen und über die Pflicht, die hierdurch entstandenen Schädigungen der wissenschaftlichen Forschung und der internationalen Zusammenarbeit wieder auszugleichen. Seine Rede habe bei den Gelehrten und der Presse viel Zustimmung gefunden.

Während Einstein in Amerika hauptsächlich für die zionistische Organisation tätig war, erfolgte seine Reise nach England auf Grund von Einladungen der Universitäten Manchester und London. Er stellte fest, daß bei den englischen Staatsmännern und Gelehrten die Absicht bestehe, freundliche Beziehungen zu Deutschland wieder anzubahnen. Dafür sprechen besonders die Reden des ehemaligen Lordkanzlers und Philosophen Lord Haldane und des Rektors Barker, die in deutscher Sprache die Wichtigkeit des Zusammenarbeitens deutscher und englischer Forscher betonten.

Nah und Fern.

○ **Flucht im Flugzeug.** Ein Kaufmann Winterfeld aus Dresden, der in Berlin mehrere Leute um Hunderttausende betrogen hat, ließ sich, als er festgenommen werden sollte, in einem Flugzeug nach Hamburg bringen, und ist von dort vermutlich auf irgendeinem Schiff entflohen.

○ **4340 km drahtlos telephoniert.** Die Telefunkenstation Nauen hat einen neuen großen Erfolg zu verzeichnen. Um festzustellen, auf welche Entfernungen die drahtlose Telephonie noch aufnehmbar ist, hat der der argentinischen Regierung gehörende Dampfer „Bahia Blanca" regelmäßige Aufnahmen gemacht und hierbei gefunden, daß die Telephonie mit dem 10-Kilowatt-Telefunken-Röhrensender von Königswusterhausen noch auf eine Entfernung von 3500 Kilometern und die mit der 130-Kilowatt-Hochfrequenzmaschine von Nauen auf 4340 Kilometer gut aufzunehmen war.

⊙ **Feindselige Behandlung deutscher Schiffe in England.** Die Bevölkerung in Grimsby (England) zwang eine deutsche Schaluppe, die in den Hafen eingelaufen war, wieder in See zu gehen, bevor sie ihre Ladung abladen konnte. 717 Kisten mit Fischen, die bereits abgeladen worden waren, wurden ins Meer geworfen. Die Brücke der Schaluppe ist beschädigt worden. Der Polizei gelang es nicht, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Sechs andere deutsche Schiffe wurden in ähnlicher Weise behandelt.

○ **Das Denkmal auf dem Hartmannsweilerkopf.** Das von Frankreich geplante Denkmal auf dem Hartmannsweilerkopf soll im Stil einer Gruftkapelle mit einer Aussichtsterrasse und einem 45 Meter hochragenden Kreuz nach den Entwürfen des Straßburger, in Paris lebenden Künstlers Birr erbaut werden. Zu Füßen des Kreuzes soll die symbolische Gestalt Frankreichs stehen, die die Töchter Elsaß und Lothringen in die Arme nimmt.

⊙ **Carnegies Hinterlassenschaft.** Wie man aus Pittsburg meldet, beläuft sich die Hinterlassenschaft Carnegies auf nur 25 Millionen Dollar. Es hat sich jedoch ergeben, daß der verstorbene Stahlkönig im Laufe seines Lebens mehr als 350 Millionen Dollar an Wohltätigkeitsorganisationen verteilt hat.

⊙ **Polnische Wirtschaft.** Das Stadttheater in Posen mußte auf unbestimmte Zeit geschlossen werden, da seine sämtlichen Räume — verkauft sind. Mit der Reinlichkeit haben es die Polen noch nie sehr genau genommen!

⊙ **Die Geburtstagsspenden des Präsidenten Masaryk.** Die vom Präsidenten der Tschechoslowakei anläßlich seines 70. Geburtstages gespendeten Summen verteilen sich wie folgt: Für die deutsche Hochschülerschaft in Prag 2 Millionen tschechoslowakischer Kronen, die Studentenschaft der deutschen Technischen Hochschule in Brünn 1 Million, das Deutsche Theater in Mährisch-Ostrau 250 000, den deutschen Theaterverein in Brünn 100 000, den Pensionsfonds des Chor- und Orchesterpersonals des deutschen Landestheaters in Prag 50 000, den Verband deutscher Journalisten (Reichsgewerkschaft Concordia) 200 000 und den Prager Frauenerwerbsverein zur Errichtung eines Asyls für greise Frauen 50 000.

⊙ **Eisenbahnkatastrophe in Indien.** Eine Überschwemmung hatte in den Eisenbahndamm bei Amroza in Indien eine große Lücke gerissen. Ein Personenzug ist in die Bresche hineingefahren. Die Lokomotive und zwei Wagen sind spurlos verschwunden. Vierzig Passagire und das Personal des Zuges sind ertrunken.

○ **Professor Dr. v. Schjerning gestorben.** Der frühere Generalstabsarzt der Armee, Prof. Dr. v. Schjerning, der während des Krieges Chef des Feldsanitätswesens war, ist in Berlin an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Prof. Dr. v. Schjerning, der ein Alter von 65 Jahren erreicht hat, war Direktor der Kaiser-Wilhelm-Akademie und hat mehrere Beiträge zur Kriegschirurgie, zum Heeresgesundheitswesen und zur Lehre von den ansteckenden Krankheiten geliefert.

Vermischtes.

▲ **Geisteskrankheit und hohle Zähne.** Arzt und Zahnarzt eines Hospitals in Newyork sind gegenwärtig mit der Untersuchung eines ganz eigentümlichen Falles beschäftigt, der sich kürzlich in ihrem Krankenhaus ereignet hat. Ein weiblicher Patient, der zwölf Jahre in der Anstalt war, ist plötzlich vollkommen gesund geworden, nachdem er drei schlechte Backenzähne verloren hatte, die durch eine solide Goldbrücke zusammengehalten waren. Eines Tages fiel diese aus; unmittelbar danach ging es der Frau merklich besser, und bereits nach wenigen Tagen wurde sie aus der Anstalt entlassen. Der Oberarzt erzählt, daß die Frau zu den gewalttätigen Patienten gehörte und ihren Wärtern viele Mühe machte. Von dem Augenblick an, da die Brücke fiel, zeigte sie indessen merkbare Zeichen von Besserung. Einer der Ärzte meint, daß die Gesundung durch den Abfluß von Gift aus den hohlen Zähnen verursacht worden sei, eines Giftes, dessen Abfluß durch die Brücke verhindert worden war. So etwas kommt aber vermutlich nur in Amerika vor!

▲ **Schmerzensgeld für Spazierengehen.** In Verviers kam kürzlich ein Prozeß vor dem Handelsgericht zur Verhandlung, der in der selbstherrlichen Auslegung eines Bühnenvertrages seitens des Direktors seinen Ursprung hatte. Eine Operettensängerin verlangte von dem Direktor 300 Frank für jede Vorstellung, in der die ihr zugedachte Rolle von einer andern Künstlerin dargestellt wurde, und darüber hinaus weitere 10 000 Frank als Schmerzensgeld für den Schaden, den ihr künstlerischer Ruf durch ihr Nichtauftreten erlitten hatte. „Nicht ich bin es", erklärte der Direktor zu seiner Verteidigung, „der dafür verantwortlich gemacht werden kann; die Schuld trägt vielmehr das Publikum, das von der Klägerin nichts wissen will. Wenn in der Tat der künstlerische Ruf der Dame gelitten haben sollte, so hat sie das nur sich selbst zuzuschreiben. Sie hätte sich eben nicht einem Beruf widmen sollen, für den sie nicht geeignet ist. Abgesehen davon aber kann ich mir eine Verletzung des Vertrages schon aus dem Grunde nicht vorwerfen, weil die Dame, obgleich sie nicht aufgetreten ist, ihre im Vertrag festgesetzte Gage stets pünktlich und ohne jeden Abzug erhalten hat. Jawohl, ich bezahle sie, damit sie nicht singt." — „Das ist ja noch beleidigender für sie", rief der Rechtsvertreter der Klägerin. Der Gerichtshof schloß sich auch der Ansicht des Advokaten an und verurteilte nach längerer Beratung den Theaterdirektor zur Zahlung eines Schmerzensgeldes von 2000 Frank.

Neueste Meldungen.

Der Selbstschutz.

Berlin. Die entlassenen Angehörigen des Selbstschutzes in Oberschlesien werden, soweit sie arbeitslos sind, von den Gewerkschaften und dem Roten Kreuz untergebracht werden.

Exkaiser Karl.

Wien. Exkaiser Karl wird, wie verlautet, nach der französischen Riviera übersiedeln, da er von Spanien und Griechenland keine Einreiseerlaubnis erhalten habe.

Gegen den Mädchenhandel.

Genf. Zur Konferenz gegen den Mädchenhandel, die zurzeit in Genf tagt, ist von deutscher Seite eine größere Anzahl von Herren entsandt. An ihrer Spitze steht Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Lewald.

Vorrücken der Türken.

Konstantinopel. Die Truppen Kemal Paschas machten im Gebiete von Brussa eine erfolgreiche Offensivbewegung.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes".

Frieden mit Amerika.

Unterzeichnung der Friedensresolution durch Harding.

Neuyork, 2. Juli. Präsident Harding unterzeichnete die Resolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

Dresdner Brief.

dp. In Dresden ist Vogelwiese! Wissen Sie, was das bedeutet? Das heißt, daß auch der Aermste das letzte Stück aufs Leihhaus trägt, um sich wenigstens einen „fettigen Tag" in Dresdens „toller Woche" zu gönnen. Zum ersten Male hat man heuer versucht, die Vogelwiese zu „veredeln". Es wird nicht gelingen. Genau so wenig, wie es gelingt, den Theatergeschmack unseres Publikums zu heben. Das Blödeste zieht noch immer! Auch auf der Vogelwiese. Die Besucher des bunten Treibens an der Elbe wollen eben betrogen sein und zahlen für „jeden Dreck" ihren Obolus, ohne zu murren. So war's, so ist's und so wird's bleiben! Voriges Jahr gab's auf der Vogelwiese sogar „Grüne Karnickel" zu sehen. Davon will ich Ihnen berichten. Vielleicht tauchen diese „Weltwunder" auch auf Ihren „Volksfesten" einmal auf. Dann halten Sie bitte die Hand auf die Tasche! Also:

Jede richt'ge Vogelwiese
Hat 'nen ganz besondern Clou.
Bald ist es ein Schwein am Spieße,
Bald 'ne doppelköpf'ge Kuh!

Einmal sind es auch zwei Schwestern,
Die zusamm'gewachsen sind.
Doch in Dresden staunten gestern
Mann und Frau und jedes Kind.

Denn hier war etwas zu schauen,
Was noch nie zu sehen war!
Kaum den Augen konnt' man trauen:
Grün war ein Karnickelpaar!

Ja, aus richt'gem Fleisch und Blute
War'n die Tiere hier gemacht.
Alles gaffte. Und die Bude
War gefüllt bis in die Nacht!

Doch zu diesem großen Wunder
Kam ein neues Wunder schnell.
Denn die Tierchen, froh und munter,
Färbten abermals ihr Fell!

Das kam so: Der Rammler hatte
Seine Frau einmal geneckt
(So was macht „ihm" jeder Gatte)
Und ihr lieb das Fell gefleckt.

O! Wie schmeckte denn heut' diese!
Gleich probiert er's abermals.
Das war wunderbare Süße
Von dem Schwänzel bis zum Hals!

Grünlich wurde seine Zunge!
Doch das hat ihn nicht geniert.
Die Karnickelfrau, die junge,
Hat es umgekehrt probiert.

Diese Weise, sich zu lieben,
Hat das Wunder schnell vollbracht:
Grün war'n sie noch um halb sieben,
Blendend weiß schon um halb acht!

Und es mehrten sich die Stauner,
Und man ahnte bald den Trick!
Der Besitzer, dieser Gauner,
War entfloh'n — zu seinem Glück!

Drum hast du 'ne Maid gefunden,
Die dich herzt und die dich küßt,
Mußte erst genau erkunden,
Ob sie angestrichen ist!

Genau erkunden mußt Du Dich aber auch, was es kostet, wenn Du jetzt in Dresden Straßenbahn fahren willst. Hast Du nicht zufällig ein Vermögen bei Dir, so laufe lieber auf Schusters Rappen! Denn „1 M" (in Buchstaben „eine Mark"!) soll nun die Dresdner Elektrische kosten. Auf dem letzten Wagen, die in der Nacht verkehren, mußt Du sogar 3 M berappen. Es wird immer lieblicher! Dabei laufen die Wagen in immer größeren Abständen. Die Erhöhung des Eisenbahntarifs hat unserm Straßenbahn-Stadtrat Köppen keine Ruhe gelassen. Es ist in Dresden jetzt wahrlich zum „Köppen"!

Eine Mark jetzt! Weh! Zehn Groschen!
(Wie mir vor der Zukunft bangt!)
Früher hätt' man den verdroschen
Der dies Geld dir abverlangt.

Willst du nachmittags spazieren
Mit Familie in den Wald,
Laufe nur auf allen Vieren!
Steil' die Straßenbahn hübsch kalt!

Willst du Sonntags mal nach Cotte,
Mit Familie raus nach Reick,
Laß „derheeme" deine Rotte
Und beginn den Trambahnstreik!

Als die Butter jetzt so teuer,
Riet der Rat: „Kauft sie doch nicht!
Und der Preis sinkt ungeheuer,
Also leistet doch Verzicht!"

Brav, Herr Rat, daß du vernünftig
Und uns wunderhübsch belehrt!
Doch gestatte uns, daß künftig
Dieser Spieß sei umgekehrt.

Fahr' du nur mit leeren Wagen,
Fahr' die Bänke hübsch spazier'n!
Nur getrost! In wenig Tagen
Werden wir dich schon kurier'n!

Ach, wir können ruhig warten,
Doch ich seh' den Tag schon nah'n
Da verschickste höflich Karten:
„Bitte fahr'n Se Straßenbahn!"

Und du wirst dich glücklich preisen,
Steigt ein Einz'ger lächelnd ein,
Und du fährst ihn gleich bis Meißen
Für 'nen lump'gen Groschenschein!

Dann wird der Verkehr sich heben.
(Ach, heut' ist er schwach und matt!)
Rückfahrkarten mußt du geben
Mit gehörigem Rabatt!

Und zu jedem Fahrgast bieder
Macht der Schaffner sein „Honnöhr"!
„Bittschön, komm' Se recht bald wieder
Und empfehl'n Se uns recht sehr!"

Rieselfritz.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

Paris, 3. Juli. Wie „Chicago Tribune" aus Washington meldet, hat gestern Senator Lodges auf eine Anfrage geantwortet, es sei nicht anzunehmen, daß der Vertrag von Versailles in irgendeiner Form von dem Präsidenten Harding dem Kongreß vorgelegt werden würde. Ueber die amerikanischen Truppen am Rhein sagte der Senator Brandegee: Man sollte meinen, daß der Präsident die Truppen zurückziehen wird. Wenn er sie dort läßt, so würde das, wie mir scheint, als eine Kriegshandlung anzusehen sein.

Washington, 2. Juli. Das Oberste Gericht des Distrikts von Columbia hat dem Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Vermögens befohlen, der Gräfin Bernstorff, der Frau des ehemaligen deutschen Gesandten in Amerika, ihr Geld und ihre Wertpapiere im Betrage von einer Million Dollar zurückzuerstatten, die während des Krieges beschlagnahmt worden waren.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 4. Juli.

— **Eine Regierungskrisis in Sachsen?** Wie die mehrheitssozialistische Dresdner Volkszeitung meldet, droht aus finanziellen Gründen in Sachsen eine Regierungskrisis. Die radikalste Regierungspartei, die Kommunisten, lehnten doch am Mittwoch die Grundsteuer ab, worauf die Unabhängigen von Angst erfaßt wurden und schleunigst die dritte Lesung und damit die Verschiebung der Abstimmung forderten. Das war eigentlich gänzlich überflüssig, da die Deutsche Volkspartei mit drei Ausnahmen für die Vorlage stimmen wollte und damit deren Annahme gesichert war. Durch diese Obstruktion der Unabhängigen gegen die eigene Regierung sind die Bürgerlichen in eine sehr vorteilhafte Lage gekommen, denn da außer der Grundsteuer auch noch die Gewerbesteuer zu verabschieden ist, haben die bürgerlichen Parteien die Möglichkeit, einen größeren Druck auf die Gestaltung der Gewerbesteuer auszuüben. Auch die Dresdner Volkszeitung weist darauf hin, daß die Bürgerlichen bestimmte Bedingungen stellen könnten. Ueberdies entstünden durch die unabhängige Obstruktion noch beträchtliche Kosten durch den außerordentlichen Tagegelderaufwand, der in einer Zeit beispielloser Finanznot immerhin fühlbar werde. Würden die beiden Steuervorlagen scheitern, dann stünde die Regierung schon aus finanziellen Gründen vor unlösbaren Aufgaben und würde zurücktreten müssen.

— **Tagesordnung für die öffentliche Sitzung des Schulausschusses** am 8. Juli 1921, nachmittags 6 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal. 1. Eingänge und Mitteilungen a) Mitteilung des Schulvorstandes Kesselsdorf, Mädchenfortbildungsschulverband. b) Dankschreiben der Lehrerin Prell für Gewährung einer Beihilfe zum Fortbildungskursus in Leipzig. c) Eingang der Nähmaschinen für die Fortbildungsschule. d) Genehmigung der Oberbehörde zur unentgeltlichen Abtretung der Flurstücke 203 und 201 a an die Stadtgemeinde. e) Ergänzung der Schulausschußmitglieder durch Herrn Stadtverordneten Sinemus. 2. Türschließer für eine Durchgangstür in der Schule betr. 3. Entscheidung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Oberlehrerstelle betr. 4. Gesuch des Lehrers Paul Hientzsch um teilweise Nachbewilligung von Gehalt während seiner Gefangenschaft. 5. Nachtrag zur Ortsschulordnung, Elternräte betr. 6. Eingabe der hiesigen Turnvereine betr. 7. Gesuch des Lehrers Uhlig um Beschaffung einer Wascheinrichtung. 8. Dienstanweisung für den Schulhausmann.

— **Eine gutbesuchte Einwohnerversammlung**, besser gesagt Mieterversammlung, der auch einige Hausbesitzer beiwohnten, fand am Sonnabend abends 8 Uhr im „Schützenhaus" statt. Herr Stadtv. Schumann als Leiter der von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung begrüßte die zahlreich Erschienenen und gab nach weiteren Worten über Grund und Zweck der Einberufung dem Sekretär des Bauarbeiterverbandes, Seidel-Dresden, das Wort zu seinem Referat „Wohnungsnot, Mieterpflichten und Mieterrechte". Derselbe sprach über die Wohnungsnot, die angewandten und in Zukunft anzuwendenden Mittel zu ihrer Linderung und Behebung, über das auf neue Grundlage gestellte Bauzuschußverfahren usw. Während er auf der einen Seite dem Hausbesitzer die Berechtigung einer gerechten Steigerung zusprach, stellte er andererseits die Forderung auf, daß der „Beruf als Hausbesitzer" endgültig verschwinden müsse. Ueber Mieterpflichten und -rechte sagte er wenig, anscheinend war dieser Teil seines Vortrages zugunsten der Aussprache arg beschnitten worden. In der letzteren ergriff als Erster Herr Möbelfabrikant Hildebrandt das Wort. Er wandte sich entschieden gegen den den Hausbesitzern allgemein gemachten Vorwurf des Wuchers und belegte mit Zahlen, daß er in den letzten Jahren ständig einen ganz erheblichen Zuschuß zu den Unterhaltungskosten seines Grundstückes habe leisten müssen. Zweckmäßig wäre vielleicht bei der Vorführung des Zahlenmaterials eine Detaillierung der Ausgaben wenigstens eines Jahres gewesen. Nach ihm sprach Herr Oberpostsekretär Römisch, der für Gründung einer Mietervereinigung als Ausgleichs- und Beratungsstelle eintrat; er fand aber bei den Herren Schumann und Jähne wenig Gegenliebe, weil sie beim Bestehen des Mieteinigungsamtes die Vereinigung vorderhand für überflüssig hielten. An der Aussprache beteiligten sich noch die Herren Schmidt, Schulze, Neumann, Richter, Kirsch und Rühle, und im Schlußwort ging der Vortragende auf das Vorgebrachte näher ein. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

— **Achtung Landwirte, seid gewarnt!** Seit Wochen schon tritt in den hiesigen Gemeinden ein etwa 20—25 Jahre altes, mit Dirndlkleid und schwarzen oder weißen Strümpfen bekleidetes Mädchen auf, die sich bei den Landwirten vermietet und den Dienst auch antritt, aber bei erstbester Gelegenheit unter Mitnahme wertvoller Gegenstände verschwindet. Sie ist ungefähr 165—170 Zentimeter groß, korpulent, hat unter dem rechten Auge ein warzenähnliches Gewächs und gibt sich als 19jährige Ungarin unter verschiedenen Namen aus. Etwaige Wahrnehmungen bittet man der nächsten Polizeistelle mitzuteilen.

— **Als zukünftiger Bischof von Meißen** war von dem „Deutschen Tageblatt", einer Meldung aus Rom zufolge, Prinz Max von Sachsen, der Bruder des früheren Königs, genannt worden. Hierzu erfährt man von maßgebender Seite, daß diese Meldung völlig unrichtig ist. Es kommt eine ganz andere Persönlichkeit in Frage; doch dürfte sich die Entscheidung noch geraume Zeit hinziehen.

□ **Verwendung des losen Steuerblattes beim Steuerabzug vom Lohn oder Gehalt. Zur Behebung von Schwierigkeiten, die sich bei der Entrichtung des Steuerabzuges ergaben, hat der Reichsfinanzminister gestattet, daß zum Einkleben der Marken lose Steuerblätter statt der Steuerkarten verwendet werden. Dies Verfahren, das ursprünglich nur bei Lohn- oder Gehaltszahlung für einen Monat oder einen längeren Zeitraum gestattet war, ist nunmehr auch auf wöchentliche und zweiwöchentliche Zahlungsperioden ausgedehnt worden. Die losen Blätter bedeuten eine Erleichterung für den Arbeitgeber. Er wird damit der verantwortungsvollen Aufbewahrung der Steuerkarten enthoben. Sobald er bei der Lohnzahlung die Marken eingeklebt hat, händigt er das Steuerblatt dem Arbeitnehmer gegen Quittung aus und wird damit die Sorge für die Markenwerte los. Dieses einfache Verfahren verdient gegenüber dem Verfahren der baren Überweisung der Steuerabzugsbeträge mittels Listen den Vorzug und wird dringend empfohlen.**

□ **Warnung für Auswanderungswillige. Das Reichswanderungsamt gibt bekannt: In jüngster Zeit trafen abermals Auswanderungswillige, die ihr Hab und Gut in der Heimat verkauft hatten, mit zahlreichen Kindern und Verwandten und verhältnismäßig geringen Barmitteln in Hamburg ein, in der Hoffnung, auf Kosten einer fremden Regierung ins Ausland befördert zu werden. Da sowohl die Unterkunfts- wie die Arbeitsmöglichkeiten in Hamburg für mittellos Zuziehende sehr ungünstig sind und eine Freibeförderung für Auswanderer auf Kosten einer fremden Regierung verboten ist, sehen sich Familien, die in der eingangs bezeichneten voreiligen Weise handeln, großen Unzuträglichkeiten aus und haben zu gewärtigen, daß sie wieder in ihre Heimat abgeschoben werden.**

□ **Zur einstweiligen Stundung der vorläufigen Einkommensteuer vom Arbeitslohn.** Die Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 7. Juni d. Js. über die einstweilige Stundung der für das Rechnungsjahr 1921 geschuldeten vorläufigen Einkommensteuer vom Arbeitslohn ist vielfach dahin verstanden worden, als ob daraufhin auch der Lohnabzug unterbleiben könnte. Diese Auffassung ist irrtümlich. Die Durchführung der geltenden Bestimmungen über den Lohnabzug erleidet durch die bezeichnete Verordnung keinerlei Änderung.

— **Kauft keine Feindbundwaren.** Die Selbstachtung und der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes fordern schärfste Abwehrmaßnahmen gegen die unter Bruch des Versailler Friedensvertrages erfolgten Sanktionen. Aber nicht nur scharf, sondern vor allem einheitlich müssen die Abwehrmaßnahmen sein, damit der Feindbund bald erkennt, daß seine einem wehrlosen Volke widerrechtlich auferlegten Zwangsmaßnahmen ihm selbst den größten Schaden bringen. Solche Abwehrmaßnahmen sind der völlige Verzicht auf alle Erzeugnisse aus den Ländern, welche sich an diesem Rechtsbruch beteiligen, insbesondere auf Waren aus Frankreich, England und Belgien. Kein Deutscher darf irgendwelche Erzeugnisse dieser Länder, soweit der deutsche Markt sie liefern kann, kaufen! Jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau muß sich dieser vaterländischen Pflicht selbstlos unterwerfen! Damit wird der Schlag, welchen der Feindbund gegen Deutschland zu führen beabsichtigt, zum Schlag ins Wasser. Gleichzeitig werden unser Handel und unsere Industrie in die Lage versetzt, die ihnen durch Ausfall und Erschwerung der Ausfuhr entstehenden Schwierigkeiten durch einen vermehrten Absatz deutscher Waren im Inlande auszugleichen. So wird unseren deutschen Arbeitern Brot statt Arbeitslosigkeit gebracht!

— **Von der Sonntagsbestellung auf dem platten Lande** ist kürzlich behauptet worden, daß sie aufgehoben worden sei. Das trifft nicht zu. Sie findet nach wie vor statt. Seit Beginn des Jahres 1920 mußten jedoch wegen der Kostenfrage Einschränkungen in diesem Dienstzweige vorgenommen werden, weil die Sonntagsbestellung in der Vorkriegszeit so ausgebreitet gewesen war, daß sie nur in ganz kleinen Landorten geruht hatte. Unter dem Druck der jetzigen schlechten Finanzlage des Reichs, die die Beseitigung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben dringend erfordert, haben deshalb gemäß einer im Februar 1920 erlassenen Anordnung des Reichspostministeriums die Ober-Postdirektionen in einer Anzahl weniger bedeutender Landorte die Bestellung ausfallen aslsen, wobei indes in jedem Einzelfall eingehend geprüft worden ist, ob die Aufhebung nach Lage der örtlichen Verhältnisse ohne Verletzung wesentlicher Belange der Bevölkerung angängig war. Die Ober-Postdirektionen sind jetzt erneut vom Reichspostministerium aufgefordert worden, bei der Regelung der Sonntagsbestellung auf dem platten Lande nicht lediglich die Kostenfrage entscheidend sein zu lassen, sondern überall da, wo das wirtschaftliche Interesse der Landbevölkerung es erfordert, mit Einschränkungen zurückzuhalten, nötigenfalls auch da, wo die Verhältnisse sich wesentlich ändern, Sonntagsbestellung wieder einzurichten.

— **Lokal-Erfindungs-Schau.** (Vom Patentbureau Krueger, Dresden-A. Auskünfte an die Leser kostenlos.) Müller u. Comp., Rabenau: Zerlegbarer Stuhl (Gm.). — Paul Kühnel, Tharandt: Photographische Metallkassette (Gm.). — Willy Brückner, Deuben, Vorderstraße 9: Schlüsselschild mit Schlüsseleinführungsansatz (Gm.).

— **Roßwein.** Die städtischen Kollegien beschlossen die Einführung einer Wohnungsluxussteuer, rückwirkend ab 1. April d. J. Steuerfrei sind für jede Person mit selbständigem Haushalt zwei Zimmer, für jede weitere Person ein Zimmer.

— **Annaberg.** Der Kaufmann Gustav Adolf Tränkner wurde, wie das „Annab. Wochenbl." meldet, am vorigen Sonnabend von seinem Sohne mit einer afrikanischen Keule erschlagen. Der Mörder legte sein Opfer in eine eigens dazu bestellte Kiste mit Zinkeinsatz und ließ diese sachgemäß verlöten und vernageln. Nach Ablauf einer Woche wurde das Verbrechen entdeckt und der Mörder verhaftet.

— **Annaberg.** Die Stadtverordnetenversammlung zu Annaberg lehnte in ihrer Sitzung am Freitag die Frage der Verschmelzung der Städte Annaberg und Buchholz ab. Den 13 befürwortenden Stimmen der Linken standen die 18 ablehnenden Rechtsstimmen gegenüber. Die Rechte der Stadtverordneten hielt den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen derartigen Schritt angesichts der Finanzlage der beiden Städte und der Unsicherheit der Finanzlage im allgemeinen für vollkommen ungeeignet, erklärte sich jedoch im Prinzip keineswegs gegen eine spätere Verschmelzung. Die Aussprache verlief teilweise sehr stürmisch und lebhaft; ein Teil des Ratskollegiums verließ sogar während derselben den Sitzungssaal.

— **Plauen.** Der Schulstreik hat, wie der Elternausschuß bekanntgibt, sein Ende erreicht. Die Kinder nehmen heute, Montag, wieder am Schulunterricht teil.

— **Leipzig.** Zu großen Tumulten kam es am Sonnabend auf dem Leipziger Hauptbahnhof, wo der Kartenverkauf für den am 14. Juli nach München fahrenden Sonderzug beginnen sollte. Große Schlangen von Reiseanwärtern, von denen einige seit Mitternacht warteten, standen an. Als um 8 Uhr früh der Fahrkartenverkauf beginnen sollte, zeigte es sich, daß nur noch 60 Fahrkarten vorhanden waren. Die 500 Karten, über die Leipzig verfügen konnte, waren durch Vorausbestellungen zum größten Teil vergeben. Diese Mitteilung erregte großen Unwillen und zeitigte recht unangenehme Begleiterscheinungen. Rufe wie „Betrug", „Schwindel" u. a. wurden laut. Nur mit Mühe konnten die Beamten die Menge beschwichtigen. Die Möglichkeit der Vorausbestellung der Karten durch Einzahlung auf Postscheck oder durch Postanweisung hatte die Eisenbahndirektion nur durch weniger beachtete Plakate bekanntgegeben.

Wir kaufen jede Menge
rote u. schwarze **Johannisbeeren**
saure und süße **Kirschen**
reife **Stachelbeeren** 4686
Obstweinkelterei Heinitze & Co.

Militärschaftstiefel Nr. 29, feldgrau, 185 Mk.
Militärschnürschuhe Nr. 27, feldgrau, 130 Mk.
Militärschnürschuhe Nr. 32, feldgrau, 190 Mk.
Feldgr. Einheitsstiefel, lange, Nr. 30 385 Mk.
Feldgraue Litewka, 2,0, alles neu 130 Mk.
Riedel, Dresden-A.
4674 Eisenstuckstraße 34.

Achtung Landwirte!
Dienstag den 5. Juli nachm. von 5—6 Uhr
Vorführung einer Strohpresse und Haferquetsche eigener Konstruktion
Interessenten werden höflichst dazu eingeladen.
F. Bräuer, Maschinenfabrik, Seeligstadt.

Jutesäcke, neu und gebraucht,
in allen Größen und für jeden Zweck,
wasserdichte Planen,
Pferdedecken (Sommer- u. Regendecken)
liefert jedes Quantum zu vorteilhaften Preisen
Walter Lange,
Dresden-A. 19, Carlowitzstraße 44. 4676

Frw. Feuerwehr.
Dienstag den 5. Juli abends ½8 Uhr 4649
Uebung.
Das Kommando.

Frauenverein.
Dienstag abend ½8 Uhr
„Lindenschlößchen".

Vertreter
für lohnenden, leicht verkäuflichen Artikel gesucht, ev. Ware auf Kommission.
Angebote unter **4673** an die Geschäftsst. d. Bl. erbet.

Kleiner gelb. Hund,
auf den Namen „Trolly" hörend, **entlaufen.**
Steinbach bei Kesselsdorf **Nr. 7.** 4671

Suche für 15. Juli oder 1. August ein fleiß., ehrlich.
Ostermädchen.
Bäckerei Georg Gierisch, Deuben, Brückenstraße 21.

PATENT
Musterschutz
Warenzeichen
durch das Patentbüro Krueger, Dresden, Schloßstr. 2 I. Altmarkt
VERWERTUNG

Brennholz.
Donnerstag den 7. Juli von **vorm. 11 Uhr** an sollen auf **Limbacher Revier in der Strutz**
25 Raummeter weiche Scheite und
250 Raummeter Fichten-Abraumreisig
unter den vorher bekanntgemachten Bedingungen vergeben werden. **Sammelplatz am Holzschlage am Helbigsdorfer Fußweg.** 4654 **Rost.**

DAS IST
EIN TREUER BEGLEITER

WER SUCHT IHN, UND
WER GIBT IHN AB?
EINE ANZEIGE HILFT
im Wilsdruffer Tageblatt.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF